

Bericht

Workshop mit Abgeordneten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Belgiens

2. März 2020

Die Zukunft der EU aus regionaler Perspektive



Büro Wien | REGIOPARL Projektleitung
Georg Sigl-Gasse 1/3
A-1090 Wien

www.regioparl.com | regioparl@eudemlab.org

Büro Berlin
European Democracy Lab an der European School of Governance (eusg)
Kirchstraße 1
D-10557 Berlin



Am 2. März 2020 war das internationale Forschungsprojekt REGIOPARL | Regional Parliaments Lab zu Gast im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens in Eupen. REGIOPARL befasst sich mit der Rolle regionaler Parlamente innerhalb der europäischen Gemeinschaft und diskutiert mit Abgeordneten die zukünftige Entwicklung der EU aus regionaler Perspektive. Der Workshop ist Teil der REGIOPARL-Veranstaltungsserie zur Zukunft Europas, die das Projektteam der Donau-Universität Krems und des European Democracy Labs an der European School of Governance (EUSG) in Berlin seit 2019 in zahlreichen Regionalparlamenten Europas durchführt.

Regionale Parlamente als Bindeglied zur Bevölkerung

Die Veranstaltung im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens begann mit einer kurzen **Vorstellung des Forschungsprojekts** durch die Projektleiterin.

„Mit unseren Veranstaltungen in Regionalparlamenten möchten wir einen innovativen Raum schaffen, in dem die Abgeordneten ihre eigenen, persönlichen Vorstellungen und Ideen zur Zukunft Europas einbringen können“, erklärte Dr. Sarah Meyer, Politologin an der Donau-Universität Krems und Leiterin des Forschungsprojektes.

In der seit dem britischen Brexit-Votum laufenden EU-Zukunftsdebatte komme die Perspektive regionaler politischer Akteure oftmals zu kurz, ergänzte sie. Gleichwohl käme regionalen Parlamenten und ihren Abgeordneten eine wichtige Brücken-

funktion zu Bürgerinnen und Bürgern zu, weshalb sie in der Debatte um die Weiterentwicklung Europas auch gehört werden sollten. Dies sei nun umso dringender, da die EU-Institutionen sich momentan in den Verhandlungen um die Ausgestaltung einer Konferenz zur Zukunft Europas befänden – ein zweijähriger Prozess, in dessen Verlauf die Zukunft der EU mit den europäischen Bürgerinnen und Bürgern neu ausgelotet werden soll. Dr. Meyer schloss ihre Präsentation mit einem Überblick jener fünf Szenarien zur Zukunft der EU, die 2017 vom damaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, im Weißbuch zur Zukunft Europas vorgelegt wurden. Diese reichen von ‚Weiter wie bisher‘ bis zum ambitionierteren Szenario ‚Viel mehr gemeinsames Handeln‘.

INFOBOX: Die REGIOPARL-Workshopreihe

- *Workshops zur Zukunft Europas aus regionaler Perspektive*
- *Teilnehmende: Abgeordnete regionaler Parlamente quer durch Europa*
- *5 Workshops 2019: Niederösterreich, Bayern, Galicien und Andalusien.*
- *Workshops 2020, neben Eupen, u.a. in der Wallonie, weitere Workshops in Planung*
- *Ziel der Workshops: Entwicklung und Diskussion von Szenarien für eine demokratische und effiziente zukünftige EU.*
- *Drei Themen stehen im Fokus:*
 - 1. Institutionelle Architektur**
 - 2. Kompetenzverteilung**
 - 3. Regionen & territoriale Struktur**

Workshop in Eupen: Perspektive einer besonderen Region

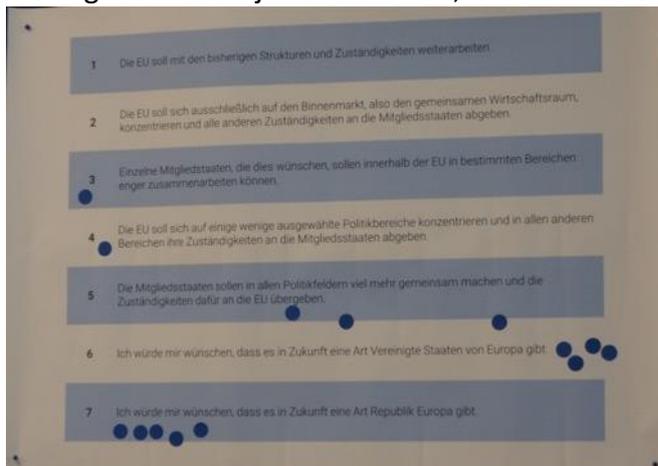
Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens stellt einen besonders spannenden Fall in der Workshop-Serie von REGIOPARL dar. Mit der Verankerung der so genannte drei Gemeinschaften in der belgischen Verfassung nimmt neben der territorialen Vertretung auch die Repräsentation entlang anderer Kriterien wie Sprache und gemeinsame kulturelle Wurzeln einen wichtigen Stellenwert im politischen System ein. Vor diesem Hintergrund war die Diskussion zu möglichen künftigen Szenarien für die Europäische Union mit Abgeordneten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens für REGIOPARL von besonderem Interesse.

Es folgte ein **Impulsvortrag von Prof. Dr. Ulrike Guérot**, Donau-Universität Krems, die ihr Alternativszenario einer Europäischen Republik skizzierte: eine Republik, zusammengesetzt aus 50-60 Regionen, mit einem „echten“ Zweikammersystem, in dem einerseits die Bürgerinnen und Bürger durch Abgeordnete des Europäischen Parlaments und andererseits die Regionen durch Senatoren und Senatorinnen in einem Senat vertreten sind (*Anm.: eine Zusammenfassung des Vortrags wird mit diesem Bericht übermittelt*).



Szenarien für Europa

Wie eingangs vom REGIOPARL-Team skizziert, umfasste die Debatte um die Zukunft Europas bislang vor allem jene Szenarien, die vom ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Jean-



Claude Juncker im *Weißbuch zur Zukunft Europas* vorgestellt wurden. Diese reichen von einem ‚Weiter so‘ über ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten bis hin zu verstärkter Integration in sämtlichen Politikbereichen. Zum Einstieg in die Diskussion waren die Abgeordneten eingeladen, aus diesen Szenarien – ergänzt um Ulrike Guérots Konzept einer Europäischen Republik – jenes Szenario zu wählen, das sie für politisch erstrebenswert hielten.

Die Verteilung der Stimmen auf die unterschiedlichen Szenarien zeigte deutlich, dass die Teilnehmenden weder ein ‚Weiter so‘ noch eine Beschränkung der EU-Kompetenzbereiche auf den Binnenmarkt favorisieren würden. Den größten Zuspruch fanden die Konzepte der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ sowie die ‚Europäische Republik‘, in der die Ebene der Nationalstaaten wegfiel und es lediglich regional und europäisch im politischen Gefüge gäbe.

Ein neues Narrativ für das Europäische Projekt?

In der weiteren Diskussion waren die Teilnehmenden eingeladen, ihre Haltung zur EU der Zukunft zu erläutern sowie bestehende Schwierigkeiten zu benennen. Dabei ging es unter anderem wiederholt um die Frage, wie die EU in ein neues Narrativ eingebettet werden könnte, um sie wieder zu einem positiv besetzten Begriff werden zu lassen und neues politisches Momentum zu generieren.



Eine Mehrheit der Abgeordneten attestierte, dass das Friedensversprechen der Europäischen Gemeinschaft nicht mehr ausreiche, um die Bürgerinnen und Bürger für die Idee Europa zu begeistern, und dass die EU insofern im Grunde seit der Ost-Erweiterung ein Image-Problem habe. Als ein Lösungsvorschlag wurde ein „Mobilisierungs-Narrativ“ genannt, das auch die einstige europäische Wertegemeinschaft mit neuem Leben füllen sollte.

Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz, der auf langjährige Erfahrung in den politischen Strukturen der EU – zuletzt als Präsident des Ausschusses der Regionen – zurückblickt, führte aus, dass das Gerangel zwischen den EU-Institutionen dazu geführt habe, dass trotz ihrer einmaligen Erfolgsgeschichte als Friedens- und Wirtschaftsprojekt der Nachkriegszeit, in der EU Probleme unbearbeitet liegen geblieben seien:

„Wir blicken auf eine undemokratische Entscheidungslage in der Kompetenzverteilung zwischen Kommission, Rat und Parlament, die nur durch Vertragsänderungen behoben werden kann. Die EU braucht eine richtige Regierung und ein Zwei-Kammern-System, in dem auch die Regionen vertreten sind. Nur so können die Probleme gelöst werden, die unter anderem bei der Einführung des Euro, die nicht von entsprechenden finanzpolitischen Ausgleichsmaßnahmen begleitet war, entstanden sind.“

Angemerkt wurde außerdem, dass die jüngste Erweiterung der EU nicht von einer Anpassung des institutionellen Systems begleitet gewesen sei und nun regelmäßig an nationalen Egoismen scheitere. Vor diesem Hintergrund stellten einzelne Teilnehmenden Überlegungen dazu an, welche Probleme die Mitgliedstaaten allein nicht lösen könnten, wo also die EU einen Mehrwert darstelle. Genannt wurden hier insbesondere Klimawandel, Digitalisierung und Migration als große ‚Angstthemen‘ der heutigen Zeit, auf die die EU eine Antwort finden müsse.

Mögliche konkrete Veränderungen, die im institutionellen Gefüge der EU, in der Kompetenzverteilung zwischen globaler, europäischer, nationaler und regionaler Ebene, und in der regionalen Aufteilung Europas nötig wären, um bestehende Probleme zu lösen und eine ideale EU der Zukunft zu schaffen, wurden anschließend in drei Gruppen intensiv diskutiert.

Institutionelle Reform oder Arbeit in bekannten Strukturen?



Umfassende Vorschläge gab es auch mit Blick auf mögliche institutionelle Reformen in einer EU der Zukunft. Dazu gehörte die Einführung eines Zwei-Kammern-Systems auf EU-Ebene, in dem die Regionen als Teil einer zweiten Kammer vertreten. Gleichwohl wurde diese Perspektive nicht von allen Teilnehmenden geteilt. Auch die Forderung nach deutlich vermehrten direktdemokratischen Partizipationsinstrumenten wurde kontrovers diskutiert. Unterschiedlich bewertet wurde zudem die „Schlagkraft“ des Europäischen Parlaments in seiner gegenwärtigen Konstitution. Weitgehende Einigkeit herrschte in der Kritik am Einstimmigkeitsprinzip, das als wesentliche Ursache für die regelmäßigen Blockaden durch die Mitgliedstaaten gesehen wurde. Mehrmals geäußert wurde auch der Wunsch nach einer Demokratisierung der Entscheidungsprozesse.

Neue Zuständigkeiten – effektivere Zusammenarbeit?

In der zweiten Gruppe ging es um eine mögliche Neuverteilung der Kompetenzen zwischen den unterschiedlichen Ebenen. Dabei sprach ein Großteil der Teilnehmenden sich dafür aus, dass die Mitgliedstaaten mehr Zuständigkeiten an andere Ebenen abgeben – regional oder europäisch –, um eine sinnvollere Zusammenarbeit zu ermöglichen. Einigkeit herrschte unter den Teilnehmenden dahingehend, dass Außen- und Sicherheitspolitik künftig nicht mehr in nationalstaatlicher sondern in europäischer Hand liegen sollte. Als besonders sensibler Bereich wurde außerdem die Gesundheitspolitik genannt, die sowohl als globales Thema, aber auch als europäische oder nationalstaatliche Zuständigkeit betrachtet wurde.

Eine regionale Neuordnung für Europa?

In enger Verknüpfung mit der institutionellen Ausgestaltung und der Ordnung von Kompetenzen auf verschiedenen politischen Entscheidungsebenen, wurde am dritten Arbeitstisch diskutiert, wie ein politisches Gemeinwesen auf Basis verschiedener Kriterien (territorial, sprachlich, historisch, funktional usw.) organisiert werden könnte. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass die Organisation politischer Vertretung immer nur im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, also bottom-up, funktionieren kann, und nicht gleichsam am „Reißbrett“ entschieden werden darf.

Dabei wurden Elemente einer regionalen Identität, wie zum Beispiel Sprache und Kultur, weniger als abgrenzend sondern ganz im Gegenteil als verbindend erörtert: so stellten Belgien und die deutschsprachige Gemeinschaft insofern europäische Vorreiter dar, als dass Offenheit für Mehrsprachigkeit und kulturelle Diversität hier gelebte Realität seien. Insofern wurde weniger von regionaler „Identität“ denn von „regionaler Wirklichkeit“ gesprochen, die sich vor allem in ganz konkreten Alltagspraktiken, Arbeits- und Lebensbeziehungen niederschläge.

Ausblick: Ein Europa der Regionen?

In einer abschließenden Runde in Plenum rekapitulierten die Teilnehmenden die Diskussionen aus den Gruppen und bezogen sich an unterschiedlicher Stelle auf die Idee eines Europas der Regionen, das als Denkanstoß ausdrückliche Zustimmung fand. Einigkeit bestand auch darüber, dass eine eindeutige Abgrenzung zwischen Überlegungen zum institutionellen Gefüge einer künftigen EU und der Kompetenzverteilung zwischen EU, Mitgliedstaaten und Regionen schwierig sei und insofern beides nicht unabhängig voneinander diskutiert werden könne.

Das REGIOPARL Team wird diesen Themen im Rahmen seiner Workshop-Serie auch in den weiteren Diskussionen mit Abgeordneten regionaler Parlamente verschiedenen EU-Mitgliedstaaten nachgehen. Nach erfolgreicher Veranstaltung in Bayern, Niederösterreich, Andalusien und Spanien findet als nächstes ein Workshop mit dem Parlament der Wallonie statt. Die REGIOPARL-Veranstaltungsreihe mit Regionalparlamenten wird auch im weiteren Verlauf des Jahres fortgesetzt werden, um in der fortdauernden EU-Zukunftsdebatte das Augenmerk konsequent auf die wichtige regionale Perspektive zu legen.

*Das REGIOPARL-Team bedankt sich ganz herzlich bei den Abgeordneten und den Mitarbeiter*innen des Parlaments der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens für ihre Teilnahme an der Veranstaltung und ihre spannenden und wichtigen Diskussionsbeiträge, die wesentlich für das Gelingen des Forschungsvorhabens von REGIOPARL sind. Besonderer Dank gilt dem Vorsitzenden des Ausschusses, Karl-Heinz Lambertz, für seine Unterstützung bei der Realisierung der Veranstaltung.*